



Mittwoch, 21. Oktober 2026, 15:00 Uhr
~10 Minuten Lesezeit

Zerreißprobe für Libyen

Das 4plus4-Abkommen der UN und der US-amerikanische Boulos-Plan sollen Wahlen und Stabilität nach Libyen bringen — bis jetzt stifteten sie mehr Chaos als Nutzen.

von Angelika Gutsche
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Amine Idrissi)

Der US-amerikanische Plan für Libyen nimmt mithilfe der UN-Mission Gestalt an, während ausländische

Mächte um Einflussnahme ringen. Als ersten Schritt zur Umsetzung des US-Plans gelang es Saddam Haftar, seinen Kandidaten als Parlamentspräsidenten durchzusetzen, mit der Folge, dass nun auch das Parlament gespalten ist. Die wichtigsten politischen und sicherheitspolitischen Entwicklungen werden aber im westlichen Libyen stattfinden, wo die Opposition gegen den Boulos-Plan am stärksten ist. Beim Streben nach Einflussnahme in Libyen, den Zugriff auf dessen Öl und im Hinblick auf die eigene geopolitische Positionierung unter den veränderten machtpolitischen Bedingungen stehen die Interessen der USA, Russlands, Israels und der Türkei, aber auch der EU sowie des benachbarten Ägyptens gegeneinander.

Das 4plus4-Abkommen der UN-Mission, der US-amerikanische Boulos-Plan und ein neuer Parlamentspräsident im östlichen Libyen

Die UN-Mission für Libyen unter Leitung von Hannah Tetteh — und im Fahrwasser des Plans von Massad Boulos, dem Vertrauten von Donald Trump — setzte ein sogenanntes 4plus4-Komitee ein, das Wahlen den Weg bereiten sollte, indem es die entsprechenden Gesetze vorbereitet. Damit wurden die beiden politischen Gremien, Parlament im Osten und Staatsrat im Westen, ausgehebelt, denen nur noch oblag, innerhalb von vier Wochen dem 4plus4-Abkommen zuzustimmen.

Angeblich soll das 4plus4-Abkommen innerhalb von zwei Jahren zu Wahlen führen. Bis dahin, so sieht es der Plan von Massad Boulos vor, sollen sich die beiden herrschenden Politclans die Macht teilen: Der jetzige Premierminister der Tripolis-Regierung, Abdul Hamid Dabaiba, soll sein Amt behalten, während der Sohn des östlichen Militärführers Khalifa Haftar, Saddam Haftar, den Vorsitz des Präsidialrats übernimmt. Diese Position entspricht der eines libyschen Präsidenten, der auch den Oberbefehl über die libyschen Streitkräfte hat, deren Vereinigung unter Führung von AFRICOM (U.S. Africa Command) aber noch aussteht.

Sich unter den Oberbefehl von Saddam Haftar, dem derzeitigen Stabschef der ostlibyschen Bodentruppen, zu stellen, stößt bei westlibyschen Militärs und Milizen auf großen Widerstand. Um diesen zu brechen, dürfte auch der bis heute nicht aufgeklärte **Flugzeugabsturz** (<https://gela-news.de/flugzeugabsturz-in-tuerkei-hochrangige-libysche-militaerangehoerige-tot>) am 23. Dezember 2025 in der Türkei dienlich gewesen sein, bei dem der damalige Stabschef des westlichen Militärs, Mohammed Ali Achmed al-Haddad, mitsamt seinen hochrangigen Begleitern ums Leben kam.

Es ist anzunehmen, dass Saddam Haftar mithilfe des vereinten Militärs seine Militärherrschaft auf ganz Libyen ausdehnen wird. Sollte es später einmal wirklich zu Wahlen kommen, dann nur, wenn sichergestellt sein wird, dass der bevorzugte Kandidat bei chancenlosen Gegenkandidaten mit 90 Prozent der Stimmen gewählt wird. Als Vorbild könnte dabei Ägypten dienen.

Zur Durchsetzung dieser Visionen war es notwendig, den Präsidentschaftskandidaten Saif al-Islam Gaddafi aus dem Weg zu räumen, da er laut Umfragen bei weitem die höchsten Zustimmungswerte in der libyschen Bevölkerung erreichte. **Saif al-Islam Gaddafi** (<https://gela-news.de/ermordung-von-saif-al->

islam-gaddafi-verursacht-politisches-beben) wurde am 3. Februar 2026 in Zintan erschossen. Als vor Kurzem eine Sabotagezelle ausgehoben wurde, die Anschläge auf Erdölanlagen und Infrastruktur im westlichen Libyen durchführt hatte, sagten deren Mitglieder aus, auch am Mord von Saif al-Islam Gaddafi beteiligt gewesen zu sein. Wenig überraschend führten die Spuren der Sabotagezelle ins östliche Libyen zu Saddam Haftar. Anstatt alle Festgenommenen weiter zu verhören und in Haft zu nehmen, übergab die Tripolis-Regierung diese an Bengasi.

Der Mord an Saif al-Islam Gaddafi dürfte jedoch nicht wie erhofft zu einer Schwächung seiner Dschamahirija-Bewegung geführt haben, im Gegenteil: Seine Schwester Aischa al-Gaddafi übernahm die Führung, deren Beliebtheitswerte denen ihres Bruders nicht nachstehen.

Für die UN-Mission und die USA war es allerdings nicht nur im Westen, sondern auch im Osten schwierig, das 4plus4-Abkommen und damit den Boulos-Plan durchzudrücken. Machtkämpfe zwischen den Haftar-Brüdern konnte Saddam Haftar für sich entscheiden und führten zur – nicht gesetzeskonformen – Absetzung des Parlamentsvorsitzenden Agila Saleh mit dem Resultat, dass sich das Parlament spaltete, woraufhin die unterlegene Fraktion nun bestrebt ist, ihren Sitz in die Hauptstadt Tripolis zu verlegen.

Der Versuch einer Vereinigung der westlichen und östlichen politischen Gremien und Institutionen könnte ins Gegenteil kippen und trotz aller Lippenbekenntnisse, Libyen einen zu wollen, die tatsächliche Spaltung in ein Ost- und Westlibyen zementieren.

Israel auf der Suche nach Öl und Verbündeten

Die Spaltung Libyens in Ost und West könnte sich Israel unverzüglich zunutze machen. Die italienische **AgenziaNova** (<https://www.agenzianova.com/news/libia-petrolio-in-cambio-di-armi-spunta-lidea-di-un-patto-tra-khalifa-haftar-e-israele/>) zitiert hierzu aus einem Meinungsartikel, der in der **Times of Israel** (<https://blogs.timesofisrael.com/israels-benghazi-option-realism-over-diplomacy/>) veröffentlicht wurde und auch in Libyen Verbreitung fand. Darin schlägt Jose Lev Alvarez Gomez, ein US-amerikanisch-israelischer Analyst und ehemaliges Mitglied israelischer Spezialeinheiten und des US-Militärs, der US-Regierung vor, auf Abmachungen allein mit dem östlichen Libyen – von ihm mit der geografischen Bezeichnung Kyrenaika oder Barqa benannt – unter Haftar zu setzen.

Alvarez hält es strategisch für sinnvoll, auf eine auf der Grundlage gegenseitiger Interessen beruhende, pragmatische Zusammenarbeit mit Haftars sogenannter Libyschen Nationalarmee (LNA) zu setzen, da diese die Kyrenaika, das Sirte-Erdölbecken und wichtige Infrastruktur kontrolliert. Dabei solle Libyen Erdöl an Israel liefern und dafür im Gegenzug militärische und strategische Unterstützung erhalten. Es ist sicher kein Zufall, dass ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt, diese – sicher in Abstimmung mit den USA – ausgetüftelten Pläne der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Geplant sind mehrere Initiativen. So sieht eine *Sarir-Rebate-Initiative* vor, dass die israelische *Europe Asia Pipeline Company* den Import von täglich 50.000 Barrel Öl über emiratische Kanäle von Ostlibyen nach Aschkelon organisiert.

Laut dem Autor benötigt Israel „den sofortigen Zugang zu diesen libyschen Ventilen, um die Energieversorgung des jüdischen Staates zu sichern“. Die heimische Rohölproduktion erbringe nur 25.000 Barrel pro Tag, während täglich 220.000 Barrel benötigt werden. Augenblicklich komme das fehlende Öl über die sehr anfällige Eilat-Aschkelon-Pipeline aus Aserbaidschan und Kasachstan. Aufgrund

iranischer Raketenangriffe habe die Raffinerie in Haifa im Juni 2025 schließen müssen, woraufhin die Kraftstoffpreise in Israel in die Höhe schossen.

Der Analyst schlägt vor, in der Kyrenaika „eine gemeinsame Mossad-Shin-Bet-Zelle“ zu installieren. Die Zusammenarbeit würde auch die Bereitstellung von Lasersystemen gegen Drohnen, elektronische Küstenüberwachung, genannt Sidra Floor, zwischen Tobruk und Ras Lanuf umfassen, jedoch keine permanente Militärbasis beinhalten.

Die gesammelten Informationen würden ergänzt durch Daten aus den Überwachungsnetzwerken Griechenlands und Zyperns, die es der israelischen Marine ermöglichen, Seebewegungen im zentralen Mittelmeer, einschließlich des russischen Militärtransports zur Sahelzone, effektiver zu kontrollieren.

Eine sogenannte Hariga-Loop-Initiative betreffe die Beteiligung Israels am libyschen Energiesektor und beim Aufbau ziviler Infrastruktur, wie die Wiederinbetriebnahme einer Raffinerie in Ras Lanuf und die Installation von Flugsicherungs- und Überwachungssystemen am Flughafen von Bengasi.

Zur Koordination all dieser Aktivitäten solle ein Verbindungsbüro in Tobruk eingerichtet werden, das über einen Kommunikationskanal mit Abu Dhabi (VAE) betrieben wird. Bei all dem könne „die formale diplomatische Anerkennung warten“, Ostlibyen müsse nicht sofort dem Abraham-Abkommen beitreten.

Noch in einem Artikel vom 5. Oktober 2026 hatte Alvarez im Washingtoner *Examiner* der US-Regierung den Vorschlag unterbreitet, die nutzlose UN-Bürokratie zu umgehen und die „Kyrenaika-Region“ direkt aufzufordern, dem *Abraham Accords* beizutreten. Da dies in Libyen nicht durchsetzbar sein dürfte, kann

laut seinem neuesten Artikel die formale Anerkennung warten, bis vor Ort unumstößliche Fakten geschaffen worden sind.

Laut Alvarez habe die jüngste Zusammenarbeit der ostlibyschen Regierung mit Israel bewiesen, dass diese tatsächlich wie ein souveräner und verantwortungsbewusster Staat agiere und eine unabhängige Diplomatie betreibe. Auf was genau sich diese Zusammenarbeit bezog, erläuterte Alvarez allerdings nicht, auch wenn die Vorgänge um die in Tripolis ausgehobene Sabotagezelle bestimmte Vermutungen aufkommen lassen.

Die von Alvarez vorgestellten Pläne könnten allerdings genauso an ihre Grenzen stoßen wie der Versuch Israels, offiziell in Saudi-Arabien Fuß zu fassen. Dort bemüht sich Israel gerade unter Vermittlung der USA, an der Seite Saudi-Arabiens in den Krieg gegen Ansar Allah im Jemen einzusteigen. Dies lehnte bisher der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman (MbS) ab mit dem Hinweis, dass dies erst recht nach dem von Israel brutal geführten Gaza-Krieg in der Bevölkerung auf starken Widerstand stieße, der sogar die Herrschaft des Königshauses ins Wanken bringen könnte.

Auf X vertritt der Journalist **Kevork Almassian** (<https://x.com/KevorkAlmassian/status/2110075983457812782>) die Meinung, dass Donald Trump und Benjamin Netanjahu Saudi-Arabiens Herrscher MbS mithilfe des Jemen-Kriegs in eine Falle gelockt haben, um ihn dazu zu nötigen, dem Abraham Accords beizutreten. Darauf könnte auch ein mit Saddam Haftar geschlossenes Abkommen hinauslaufen. MbS und Haftar verbindet jedoch die Angst, vor dem eigenen Volk als Verräter der arabischen, der islamischen und der palästinensischen Sache dazustehen. In diese Kerbe würden unverzüglich radikal-islamistische Kräfte schlagen, die nur mit brutaler Militärgewalt zu unterdrücken wären. Zu verschleiern wäre diese de-facto-Militärherrschaft, in dem man pro Forma wieder eine Monarchie installiert.

Laut Süddeutscher Zeitung

(<https://www.sueddeutsche.de/politik/neuanfang-in-libyen-ein-koenig-fuer-gaddafis-thron-1.1135613>) hält sich der in England lebende Mohammed as-Senussi, der sich für den rechtmäßigen Thronfolger hält, als neues libysches Staatsoberhaupt bereit: „Wenn das Volk mich ruft, stehe ich zu Diensten.“

Die Befürchtung eines radikal-islamistischen Erstarkens treibt auch Ägypten um. Dort herrschen starke Bedenken gegen das libysche 4plus4-Abkommen und eine Saddam-Haftar-Herrschaft; befürchtet wird ein nochmaliges Erstarken der Moslembruderschaft und der sie unterstützenden Regionalmacht Türkei.

Israel dient sich Saddam Haftar an, auch die Ausweitung des türkischen Einflussbereichs zu unterbinden, da es darin laut Alvarez eine direkte Bedrohung für die Souveränität Israels sieht.

Wie Junge Welt

(<https://www.jungewelt.de/artikel/531411.mittelmeer-geopolitische-gemengelage.html>) schreibt, sind die Türkei und Israel mittlerweile offene Kontrahenten in der Region und die Türkei glaubt sich zunehmend durch die gegen die Türkei gerichtete Kooperation zwischen Israel, Griechenland und Zypern bedroht.

Türkei: Wunsch nach Festigung der militärischen und wirtschaftlichen Einflussnahme

Die Türkei ist bestrebt, das 2019 mit der Tripolis-Regierung unterzeichnete Abkommen zur Festlegung der maritimen Grenzen (Ausschließliche Wirtschaftszone/AWZ) vom Parlament in Bengasi ratifizieren und damit seine Gültigkeit besiegeln zu lassen. Dem

kommt entgegen, dass der von Saddam Haftar in einem Coup eingesetzte neue Parlamentspräsident Abdel Nabi auch Vorsitzender des libysch-türkischen parlamentarischen Freundschaftsausschusses ist, während der Ägypten nahestehende bisherige Parlamentspräsident Agila Saleh abgesetzt wurde. Damit könnte die Türkei, der es um die Ausbeutung der Meeresressourcen geht, geködert worden sein, das 4plus4-Abkommen zu akzeptieren.

Wie das Portal **Ekad**

(<https://x.com/Libyapress2020/status/2109351160918257823>)

berichtet, modernisiert die im westlichen Libyen militärisch starke Türkei vor dem Hintergrund der im östlichen Mittelmeerraum eskalierenden sicherheitspolitischen Spannungen auf den von ihr besetzten libyschen Luftwaffenstützpunkten ihre Luftabwehrsysteme. Daneben verfügt Ankara im Hafen von Misrata über eine militärische Basis.

Die Türkei hat zusätzlich einen starken wirtschaftlichen Einfluss und pflegt seit einiger Zeit die Beziehungen zu beiden libyschen Machtzentren. Ankara hofft, sich so größeren Einfluss auf jede künftige politische Einigung und auf die Gestaltung des libyschen Sicherheitsapparats zu verschaffen. Die US-amerikanische Forschungseinrichtung **Jamestown**

(<https://x.com/Libyapress2020/status/2108935337808413080>) sieht

in der Ausweitung des türkischen Einflusses neben einer Herausforderung für die regionalen Rivalen auch wichtige Implikationen für die US-Interessen und die europäische Energiesicherheit sowie die Stabilität in Nordafrika. Das türkische Engagement in Libyen sei Teil einer umfassenderen Strategie, mit dem Ziel, ein Netzwerk aus militärischen und kommerziellen Stützpunkten entlang der wichtigsten strategischen Seewege und Seehandelsrouten im wirtschaftlich immer bedeutenderen Afrika aufzubauen.

Russlands Interessen in Libyen

Auch Russland verstärkt seine militärische Stellung in Libyen, wo es mit seinem Afrikakorps auf sechs Militärstützpunkten im östlichen, südlichen und zentralen Libyen präsent ist. Laut dem **Washington-**

Institut für Nahostpolitik

[\(<https://x.com/Libyapress2020/status/2108854004050440324>\)](https://x.com/Libyapress2020/status/2108854004050440324)

bedroht die zunehmende russische Präsenz die Sicherheit der NATO und stärkt den Einfluss Moskaus im Nahen Osten und in der afrikanischen Sahelzone. Die libyschen Stützpunkte dienen zur Unterstützung der russischen Militärtransportwege in andere Regionen Afrikas, insbesondere nach Burkina Faso, Mali und Niger.

Das Washington-Institut rät der US-Regierung, jede weitere Zusammenarbeit, einschließlich Militärhilfe und Investitionen, von einer Verringerung der ostlibyschen Zusammenarbeit mit Moskau abhängig zu machen. **Defens 24**

[\(<https://x.com/Libyapress2020/status/2109721148103549301>\)](https://x.com/Libyapress2020/status/2109721148103549301)

befürchtet, dass eine dauerhafte Präsenz im Hafen von Tobruk Russland einen Brückenkopf im südlichen Mittelmeer, direkt gegenüber Südeuropa, sichern würde.

Um Moskaus Bestrebungen entgegenzuwirken, stationierte laut

Africa Business Insider

[\(<https://x.com/Libyapress2020/status/2107043222597865920>\)](https://x.com/Libyapress2020/status/2107043222597865920) (USA)

Frankreich sein Kriegsschiff La Fayette im östlichen Libyen in der Nähe russischer Luftwaffenbasen. Und wo es gegen Russland geht, darf natürlich die Ukraine nicht fehlen. **Wladimir Winogradow**

[\(<https://x.com/Libyapress2020/status/2107138669224022264>\)](https://x.com/Libyapress2020/status/2107138669224022264)

vom Zentrum für militärisch-diplomatische Analyse weiß zu berichten, dass sich in Libyen die Aktivitäten der ukrainischen Militärgeheimdienste auf die Sammlung von Informationen über die Zusammensetzung und Bewegungen des russischen Afrikakorps konzentrieren und diese auch gegen Russland gerichtete

Sabotageakte durchführen, wie den Einsatz von ukrainischen Seedrohnern gegen russische Gasfrachter.

Fazit

Die auf Biegen und Brechen vorangetriebene Durchsetzung des 4plus4-Abkommens der UN-Mission, zusammen mit dem US-amerikanischen Boulos-Plan, wurde zu einer Zerreißprobe für das Parlament und führte zu dessen Spaltung sowie zu einer noch fragileren politischen und Sicherheitslage im westlichen Libyen, während die um Einfluss im Land ringenden ausländischen Mächte – ob Großmächte wie USA und Russland oder Regionalmächte wie Israel und Türkei – danach trachten, unter den neuen Prämissen ihre Präsenz und politische Einfluss zu behaupten und auszubauen.

Libyen wird dabei zur Kampfarena für die Durchsetzung geopolitischer Interessen ausländischer Mächte, die über Deals versuchen, das Fell des erlegten Libyens unter sich aufzuteilen. Von einem geeinten, souveränen Libyen mit einer in freien Wahlen bestimmten Regierung ist das Land weiter entfernt als jemals zuvor. Libyen geht schwierigen Zeiten entgegen.



Angelika Gutsche, Jahrgang 1955, ist diplomierte Psychologin. Nach langjähriger Tätigkeit am Goethe-Institut im Bereich Film arbeitet sie heute freiberuflich. Neben dem Verfassen von Reiseberichten schreibt sie auf ihrem Blog schwerpunktmäßig über die Entwicklungen in Libyen, aber auch über andere aktuelle, politische sowie literarische Themen. Weitere Informationen unter

gela-news.de (<https://www.gela-news.de>) und
angelika-gutsche.de (<https://www.angelika-gutsche.de>).